Beschlussvorlage
 Ergänzungsvorlage
 Mitteilungsvorlage

öffentlich

Produkt	1.01.02.02	Steuerungsunterstützung
Produktgruppe	1.01.02	Verwaltungsführung
Produktbereich	1.01	Innere Verwaltung

Amt/Geschäftszeichen	Datum	Vorlagennummer
10	22.08.2017	BV/17/1354

▼ Beratungsfolge	▼ Sitzungstermin
1. Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	05.09.2017
2. Rat	10.10.2017

Tagesordnungspunkt/Betreff

Edeka, öffentlich-rechtlicher Vertrag

Beschlussvorschlag

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

In Kenntnis der Rechtsauffassung der Verwaltung und des Prozesskostenrisikos wird die Verwaltung beauftragt, den „öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Gewährung eines einmaligen Kostenzuschusses aus Stellplatzablösemitteln zur Herstellung und zum Betrieb von zusätzlichen öffentlichen Stellplätzen“ zu kündigen.

Beratungsergebnis					Sitzung am	TOP
☐ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit	☐ ja	☐ nein	☐ Enthaltungen	☐ laut Beschluss- vorschlag	☐ abweichender Beschluss (Rückseite)

Begründung1. Sachverhalt

Der Rat der Stadt Lohmar hat in seiner Sitzung am 8. Dezember 2016 beschlossen, dass die Verwaltung den „öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Gewährung eines einmaligen Kostenzuschusses aus Stellplatzablösemitteln zur Herstellung und zum Betrieb von zusätzlichen öffentlichen Stellplätzen“ (im Folgenden: „öffentlich-rechtlicher Vertrag“) kündigen soll.

Die Verwaltung sollte Herrn Klein-Heßling weiterhin darüber informieren, dass der Rat auf die Kündigung verzichten würde, wenn er mit einer Kontrolle des Parkplatzes durch das städtische Ordnungsamt einverstanden wäre.

In seiner Sitzung am 31. Januar 2017 hat der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss vereinbart, dass die Fraktionsvorsitzenden und der Geschäftsführer der Klein-Heßling GmbH ein Gespräch über die Ausgestaltung eines Vertrages zur Kontrolle des Parkplatzes durch das städtische Ordnungsamt führen sollen.

In diesem Gespräch am 10. März 2017 erklärte sich der Geschäftsführer der Klein-Heßling GmbH mit einer Kontrolle des Parkplatzes durch das städtische Ordnungsamt einverstanden.

Nach weiteren Verhandlungen zwischen dem Geschäftsführer der Klein-Heßling GmbH und der Stadtverwaltung wurde ein Vertrag, der die Parkraumüberwachung durch das städtische Ordnungsamt regelt, erstellt. Die Voraussetzungen des Ratsbeschlusses vom 8. Dezember 2016 für einen Verzicht auf die Kündigung des „öffentlich-rechtlichen Vertrages“ waren nach dem Vertrag erfüllt.

In der Sitzung des HFB am 18. Mai 2017 hat die Verwaltung die Ausschussmitglieder über den Vertrag informiert. Auf Wunsch wurde der Vertrag am 19. Mai 2017 an die Fraktionen zur Einsicht übersandt.

Am 4. Juli 2017 hat der Rat in geheimer Abstimmung den Abschluss des Vertrages über die städtische Parkraumüberwachung abgelehnt. In der vorherigen Diskussion wurde als Begründung für die Ablehnung unter anderem die jährliche Kündigungsmöglichkeit dieser Vereinbarung genannt.

Nunmehr bedarf es einer erneuten Entscheidung des Rates über die weitere Vorgehensweise.

Die Verwaltung weist nochmals darauf hin, dass der „öffentlich-rechtliche Vertrag“ unabhängig von dem Abschluss eines Vertrages über die Parkraumüberwachung Bestand hat. Bei dem Vertrag über die Parkraumüberwachung handelt es sich um einen gesonderten Vertrag. Der fehlende Abschluss eines solchen Vertrages stellt keinen Kündigungsgrund

für den „öffentlich-rechtlichen Vertrag“ dar.

Aus Sicht der Verwaltung liegt ein Kündigungsgrund für den „öffentlich-rechtlichen Vertrag“ nicht vor.

Das Recht zur außerordentlichen Kündigung ist in § 4 des „öffentlich-rechtlichen Vertrages“ geregelt. Danach besteht ein Recht zur außerordentlichen Kündigung nur, wenn sich die Verhältnisse, die für die Festsetzung des Vertragsinhaltes maßgebend gewesen sind, seit Abschluss des Vertrages so wesentlich geändert haben, dass einer Vertragspartei das Festhalten an der ursprünglichen vertraglichen Regelung nicht zuzumuten ist und eine Anpassung des Vertragsinhaltes an die geänderten Verhältnisse nicht möglich oder einer Vertragspartei nicht zuzumuten ist.

Eine wesentliche Veränderung der Vertragsgrundlagen besteht aus Sicht der Verwaltung nicht.

Der Umstand, dass nur 76 statt 81 öffentliche Stellplätze zur Verfügung gestellt werden, kann zumindest durch eine Anpassung des Vertrages in Form eines reduzierten Zuschusses berücksichtigt werden und stellt somit keine wesentliche Änderung der Vertragsgrundlagen, die zur Kündigung berechtigt, dar.

Insoweit ist aus Sicht der Verwaltung im Falle der Kündigung des „öffentlich-rechtlichen Vertrages“ mit einem erheblichen Prozesskostenrisiko zu rechnen.

Das Prozesskostenrisiko liegt für die erste Instanz bei rund 15.700 Euro, für eine weitere Instanz bei rund 20.500 Euro, für zwei Instanzen also insgesamt bei rund 36.200 Euro. Geht dem Klageverfahren eine außergerichtliche Auseinandersetzung unter anwaltlicher Vertretung voraus, besteht ein Kostenrisiko von rund 39.300 Euro.

2. Ziel: Was soll für welche Zielgruppe erreicht werden?

Weitere Verfahrensweise zur Parkraumüberwachung der Stellplatzanlage, Hauptstraße 39, 53797 Lohmar durch die Stadt Lohmar für und auf eigene Rechnung und Erhalt der für die Öffentlichkeit nutzbaren Stellplatzflächen.

3. Leistungen/Prozesse: Was soll wie getan werden?

Keine

4. Ressourcen: Welcher Aufwand ist für die Umsetzung der Maßnahme erforderlich?

Personalaufwand

5. Auswirkungen auf übergeordnete Ziele(Haushaltskonsolidierung, NKF, Familienfreundlichkeit, Raum für Jung und Alt, Unternehmerische Engagement, Natur und Sport). Falls ja: Welche?

Keine

6. Wirtschaftliche Auswirkungen:

Mittel für die Maßnahme lt. Haushaltsplan für Vertragsabschlüsse vorhanden: ja
für gerichtliche Auseinandersetzung nein.

Krybus